

den ganze Dörfer von der Landkarte verschwinden.“

Die Debatte um den Bevölkerungsschwund sei „bisher immer von einer Rhetorik des Verlusts und des Niedergangs geprägt“, bedauert die Soziologin Claudia Neu. Sie will „dieses Untergangsszenario durchbrechen“ und nach neuen „Lösungen für die Herausforderungen suchen, welche die Schrumpfung mit sich bringt“. Die Wissenschaftlerin schlägt deshalb vor: „Wagen wir die Wildnis!“

Wölfe, vor hundert Jahren in Deutschland ausgerottet, sind ja bereits aus Polen eingewandert und vor allem im südlichen Brandenburg heimisch geworden. In der Lausitz wurde wiederholt Nachwuchs geboren, inzwischen leben dort etwa zwei Dutzend dieser Wildtiere.

Neu empfiehlt, den „Luxus der Leere“ zu entdecken, wie der Berliner Architekturkritiker Wolfgang Kil in einem Buchtitel diesen Zustand genannt hat (siehe Seite 126). Menschenleere Landschaften, so Neu, müssten ja „nicht nur Furcht einflößen“, sondern könnten „auch reizvoll sein“. Es gehe nicht darum, riesige Gebiete aufzugeben und der Verwilderung preiszugeben, sondern „Rückbau und Renaturierung zuzulassen“. Vielleicht würden einzelne Wildnisinseln sogar Touristen anlocken und so neue Arbeitsplätze schaffen.

„Statt weiterhin Milliardenbeträge in ergebnislose Wirtschaftsförderung zu stecken“, die „in den letzten Jahren kaum beschäftigungswirksame Erfolge gebracht“ habe, sei es an der „Zeit, über Alternativen nachzudenken“, betont die Soziologin.

Ein Vorbild sieht Neu beispielsweise im Nationalpark Unteres Odertal, einem über 100 Quadratkilometer großen Naturreservat zwischen Hohensaaten und Stettin, dem sich auf polnischer Seite ein 60 Quadratkilometer großer Landschaftsschutzpark anschließt. In den Auwäldern und Feuchtwiesen hat sich eine für Mitteleuropa ungewöhnliche Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen angesiedelt, vor allem für seinen Vogelreichtum ist das Untere Odertal berühmt.

Allerdings schwelt seit Jahren ein Konflikt vor allem mit Bauern, die das seit Jahrhunderten bewirtschaftete Land nicht einfach der Natur überlassen wollen. Die brandenburgische Landesregierung will deshalb die restriktiven Nutzungsregelungen für Anwohner und Besucher lockern.

„Die unmittelbare und unberührte Natur“, weiß Claudia Neu, „gehört zwar zu den Sehnsuchtsträumen des modernen Menschen – doch vor der eigenen Haustür will sie niemand haben.“

NORBERT F. PÖTZL

DIE ZUKUNFTS- PLANERIN

Bielefeld hat als erste und bislang einzige Stadt in Deutschland eine Demografie-Beauftragte.

Mit Bevölkerungsschwund muss Bielefeld fürs Erste nicht rechnen. Im Gegenteil: Der Demografie-Papst Herwig Birg, der an der örtlichen Universität bis zu seiner Emeritierung vor zwei Jahren lehrte, hat prognostiziert, dass die ostwestfälische Großstadt, derzeit 333 000 Einwohner, bis 2015 sogar noch wächst.

Trotzdem sorgt die Stadt für ihre Zukunft vor wie keine andere in Deutschland: Im Rathaus wirkt seit 2004 die erste – und immer noch einzige – kommunale „Projektbeauftragte für die demografische Entwicklungsplanung“.

Die Soziologin Susanne Tatje, 53, soll der Verwaltung helfen, Wohnungsbau und Verkehrsinfrastruktur, Bildung und Gesundheitswesen, Kinderbetreuung und Altenhilfe auf künftige Erfordernisse auszurichten. Denn auch in Bielefeld steigt der Altersdurchschnitt, und nach 2015, hat Demograf Birg errechnet, nimmt die Einwohnerzahl auch hier ab. Im Jahr 2050 könnte sie bei 280 000 liegen.

Vielleicht kommt es so, und manches Schulgebäude oder Schwimmbad ist dann

**„ES WÄRE UNKLUG, SCHON HEUTE
INFRASTRUKTUREN ABZUBAUEN.“**

überflüssig. Dennoch hält es Susanne Tatje für „unklug, schon heute Infrastrukturen abzubauen, nur weil eventuell nach 2015 die Einwohnerzahlen zurückgehen“ – es könnte ja sein, dass die Entwicklung auch anders verläuft.

Die Stadt kann sich aber auch keine teuren Fehlinvestitionen leisten, wenn die Schrumpfung schon vorhersehbar ist. Beispielsweise muss geklärt werden, ob die Straßenbahnlinie bis in den Stadtteil Theesen verlängert werden soll.

In Theesen, sechs Kilometer von Bielefelds Zentrum entfernt, wohnt, wie Tatje

anhand statistischer Daten weiß, vorwiegend „gutsituierter Mittelstand“, der gern die Einkaufsmöglichkeiten und Kulturangebote der Regionalmetropole nutzt. „Früher“, räumt Susanne Tatje ein, „hätte ich gesagt, selbstverständlich muss man die Stadtbahn ausbauen.“

Inzwischen ist sie skeptischer. Raumplaner sagen vorher, dass die Menschen generell und die Alten im Besonderen künftig aus den Speckgürteln in die Innenstädte ziehen. Brauchen also, fragt sich die Demografie-Beauftragte, die Eigenheimbewohner von Theesen „in einigen Jahren, wenn deren Kinder aus dem Haus sind, noch eine Stadtbahnanbindung?“ Die Frage ist bislang nicht entschieden.

Viele kommunalpolitische Entscheidungen lassen sich aber nicht aufschieben. Das Risiko, am künftigen Bedarf vorbeizuplanen, ist groß. Dann berät Tatje mit den zuständigen Dezernaten, wie die Stadt zielgenau handeln und Fehlkalkulationen vermeiden kann. Oder, wie sie es salopp ausdrückt: „Wenn ich den Deckel eines Marmeladenglases falsch ansetze, bekomme ich es nie zugeschraubt.“

Susanne Tatje plädiert, wenn möglich, für flexible Lösungen, die den Entwicklungen angepasst werden können und Alternativen offenhalten. Aber nicht nur deshalb favorisiert sie die Unterbringung von Kindergärten und Altenheimen unter einem Dach – so dass je nach Bedarf der Raumanteil der einen oder der anderen Generation vergrößert werden kann.

So eine Doppelnutzung hätte auch den Vorteil direkter Begegnung von Alt und Jung, wie Tatje sie selbst erfahren hat. Ihr Vater hatte nach einem Schlaganfall einst mehrere Jahre in einem Altenpflegeheim gelebt. Dorthin kamen regelmäßig Kinder aus einem Kindergarten, und bei den Besuchen der Kleinen, erinnert sich Tatje



Demografie-Beauftragte Tatje: „Wenn ich den Deckel eines Glases falsch ansetze, bekomme ich es nie zugeschraubt“

F. STOCKMEIER/BILDFOLO

lebhaft, „blühten die alten Menschen jedesmal auf“.

Susanne Tatje war keine Demografie-Expertin, als Bielefelds Oberbürgermeister Eberhard David, 64, ihr vor zweieinhalb Jahren das neugeschaffene Amt antrug. Aber sie hatte langjährige Verwaltungserfahrung. Unter anderem war sie neun Jahre Referatsleiterin im damaligen nordrhein-westfälischen Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann. 1999 war sie als Leiterin des Fachdienstes Jugend, Soziales und Wohnen in das Sozialdezernat der Stadt Bielefeld gewechselt.

Dort hatte sie sich 2002 beurlauben lassen, um ihre Dissertation über Verwaltungsmodernisierung abzuschließen. Die Doktorarbeit, fast fertig, verschwand wieder in der Schublade – das neue Amt reizte sie mehr. Sie darf und soll in allen Ressorts mitreden, damit bei den Planungen die demografische Entwicklung berücksichtigt wird, und sie hat Mitzeichnungsrecht bei den entsprechenden Verwaltungsvorlagen.

Etwas kurios empfindet Susanne Tatje diese Wendung ihrer Laufbahn, war sie doch in den achtziger Jahren „eine dezidierte Volkszählungsgegnerin“ gewesen. Als Demografie-Beauftragte kommt sie

ohne Statistik nicht aus: „Ein paar Zahlen brauche ich schon.“

Manches demografische Wachstum kann Susanne Tatje auch aus der Nähe beobachten. Ihr Büro in der ersten Etage des Neuen Rathauses liegt auf dem Weg zum Standesamt, und wer dort die Geburt eines Kindes meldet, kommt zwangsläufig an ihrer Tür vorbei. Oft ist sie freilich auf Reisen. Die einzige städtische De-

DIE STADT KANN SICH KEINE TEUREN FEHLinVESTITIONEN LEISTEN.

mografie-Beauftragte ist als Referentin bei Fachtagungen und DiskutantIn auf Podien bundesweit gefragt. Gerade hat sie ihren Vortrag für eine Expertenanhörung des Parlamentarischen Beirats des Bundestags für nachhaltige Entwicklung Ende Oktober vorbereitet.

Ständig kommen Anfragen von Stadt- und Kreisverwaltungen, die um Zustimmung ihres Handlungskonzepts bitten. An dieser kommunalen Gesamtstrategie hat Susanne Tatje in den vergangenen zwei Jahren gefeilt, mit den Amtsleitern und den Fraktionen diskutiert

und gerungen, sie hat geredet und zugehört.

Sechs Handlungsfelder hat sie beschrieben, auf denen die kommunalen Entscheidungsträger parteiübergreifend Ziele ansteuern sollen, die für die nächsten Jahrzehnte bindend sind. Susanne Tatje nennt es „strategisches Managementkonzept“.

Obenan steht die Integration der Zuwanderer, dann folgt der Anspruch, „die familienfreundlichste Stadt in NRW“ zu werden. Der Wohnungsbau soll den Bedürfnissen einer alternierenden Gesellschaft angepasst werden, die Hochschulstadt soll junge Menschen locken.

Es war viel Überzeugungsarbeit zu leisten, „das weiß jeder, der die Verwaltungsstrukturen mit ihrer Eigendynamik kennt“, umschreibt Susanne Tatje die zähen Debatten.

Im Juli wurde Susanne Tatjes Handlungskonzept mit dem Innovationspreis 2006 des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. Und Ende August hat der Rat der Stadt Bielefeld ihre Anleitungen für die Zukunft beschlossen. Einstimmig.

NORBERT F. PÖTZL